

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde
3000 Bern 11

THOMAS FUCHS,
GROSSRAT DES STANDES BERN



Schön dumm!

Ösel F., durch Schlepper illegal in die Schweiz geschleust, ist freundlich und kommt nie mit dem Gesetz in Konflikt. Wo er herkommt, hat er vergessen, denn ohne Herkunftsland keine Ausschaffung. Schön dumm, unsere Asylgesetzgebung.

Mehmed Z. ist invalid, seine Frau Dulcina schwanger. Nebst Grundauszahlung, Kinderzulagen für 5 Kinder und Invalidität verdient er 6180 Franken im Monat. Schön dumm, unsere Sozialgesetzgebung.

Ali Ahmeti führte die neue UCK und ist nun Chef und Koalitionspartner der Sozialdemokraten in Mazedonien. Alis Frau und seine beiden Kinder leben in Luzern. Minister Ali kassierte bis zur Abreise eine volle Schweizer IV-Rente. Schön dumm, gewisse Behördenvertreter und Amtsstellen.

Am 24.11.2002 geht es um die Bekämpfung von Asylmissbräuchen. Alles andere als ein JA wäre schön dumm!

Wir können nicht alles tun, aber wir können vieles tun



Das Schweizer Volk hat die Solidaritätsstiftung klar bachab geschickt. Sie ist kein Thema mehr. PRO LIBERTATE hat von Beginn an die Stiftung als Schuldeingeständnis und als unwürdigen Akt gegen die grosse Leistung der Aktivdienstgeneration abgelehnt. Die langjährige und konsequente Arbeit von PRO LIBERTATE hat sich also gelohnt. Eine Niederlage mussten der Bundesrat und eine Elite aus Parteien, Medien und Hilfswerken hinnehmen.

Wir danken allen, die uns unterstützt haben.

Die Arbeit geht aber unvermindert weiter. Vergessen wir nicht, dass es immer noch ein Ziel der erwähnten Kreise ist, die einseitigen Erkenntnisse der Bergier-Kommission in die Geschichtsbücher der Schulen einfliessen zu lassen: Sie wollen die Geschichte der Schweiz ideologisch umschreiben! Vergessen wir nicht, dass die Agitation gegen die demokratischen Rechte des Schweizer Volkes weitergeht, und zwar auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene. Vergessen wir nicht, dass das aussenpolitische Ziel der Regierung der EU-Beitritt ist! Vergessen wir nicht, dass selbst bürgerliche Politiker die Schweizer entwaff-

nen wollen, indem die persönliche Armeewaffe nicht mehr zu Hause bereit gehalten werden soll.

Wir sind allen Spendern – auch kleine Spenden sind wichtig – sehr dankbar, wenn sie mithelfen, unsere Kasse für nächste Einsätze aufzufüllen. Wir können zwar nicht alles tun, aber wir können vieles tun.

Vorstand PRO LIBERTATE

In dieser Ausgabe

- 2 Volksabstimmung vom 24.11.2002: Hätte, könnte, sollte, müsste, dürfte...
- 3 Armee XXI: Blick nach vorne
- 4 Toller Tag bei der Luftwaffe
- 5 EU demaskiert
- 5 Der Kommentar
- 6 Berlin und die Irak-Frage
- 7 Die Spalte des Präsidenten
- 8 5 klare Worte und Positionen



2
3

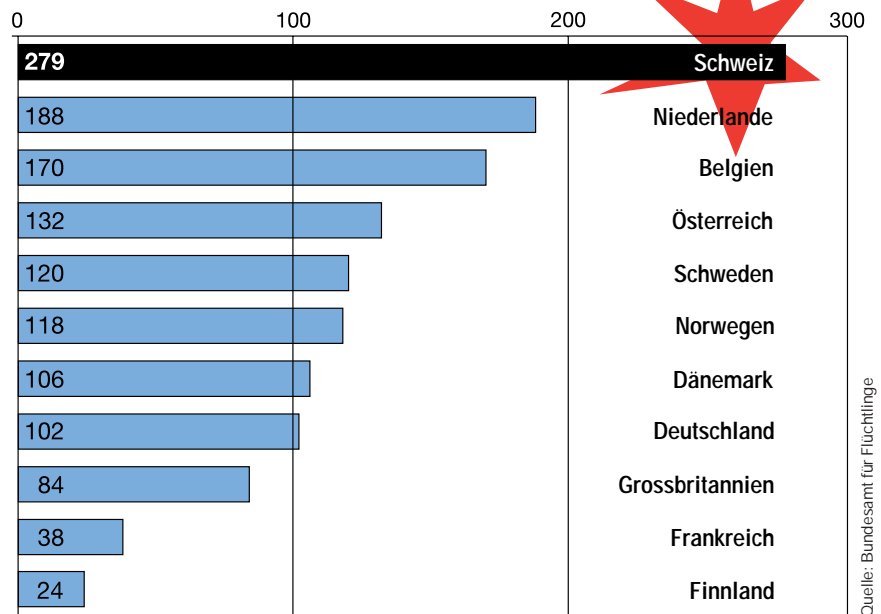
Hätte,
könnte,
sollte,
müsste,
dürfte...

WERNER GARTENMANN
PRÄSIDENT PRO LIBERTÄTE

E-Mail: gartenmann@prolibertate.ch

Es gibt wenig Bereiche in der schweizerischen Politik, in welchen Wunsch und Wirklichkeit so weit auseinander klaffen wie in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik. Seit Jahrzehnten verspricht der Bundesrat, die illegale Einwanderung und den Missbrauch des Asylrechts in den Griff zu bekommen: «Hätte, könnte, sollte, müsste, dürfte...» Schöne Worte, aber die Fakten zeigen die Realität (vergleichen Sie die Internet-

Asylgesuche 1994-2001 pro 10000 Einwohner



Quelle: Bundesamt für Flüchtlinge

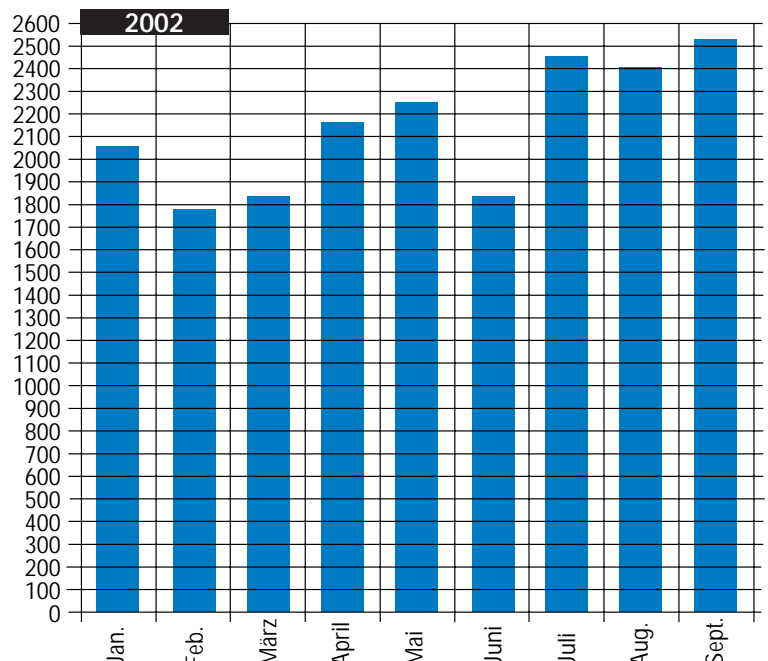
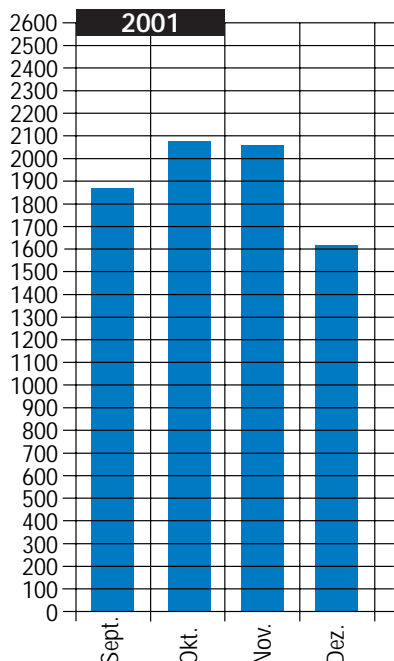
seiten der Bundesverwaltung: www.asyl.admin.ch und www.auslaender.ch und wählen Sie bei beiden Anbietern den Navigationspunkt «Statistik»). Die Schweiz hat den grössten Ausländeranteil aller europäischen Staaten, obwohl wir bei den Einbürgerungen ebenfalls zur Spitzengruppe gehören (Ausnahme Luxemburg, ist aber kein vergleichbarer Staat). Der Asylmissbrauch steigt und steigt. Die Asylzahlen nehmen in den letzten Monaten wieder drastisch zu. Und was jeder Zeitungsleser und Statistikbe-

obachter weiss: Die Kriminalität und insbesondere der Drogenhandel werden von Ausländern geprägt.

Deshalb fragen wir:

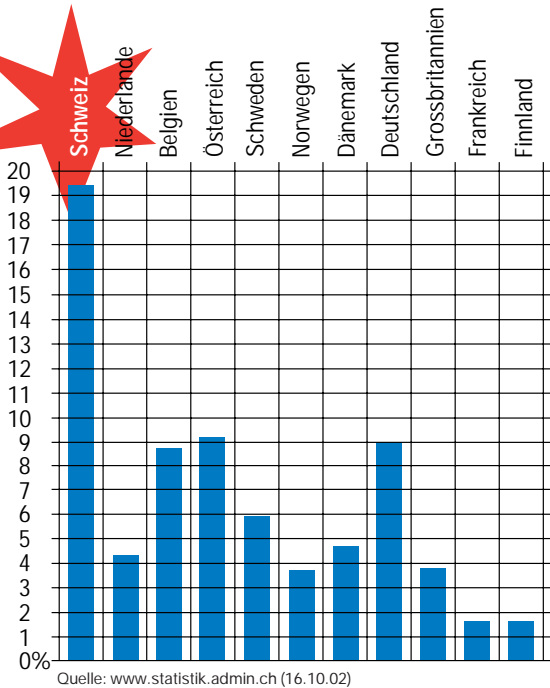
- Was nützen uns Versprechen, die nicht eingelöst werden?
- Was nützt uns das Palaver über Solidarität, wenn wir unsere eigenen Mitbürger nicht mehr schützen können?
- Was nützen uns Erklärungen, welche arme junge Männer aus Westafrika zu uns kommen, wäh-

Asylgesuche 9/2001 bis9/2002 nach Monaten



Quelle: Bundesamt für Flüchtlinge, Monatsstatistik Sept. 02

Ausländeranteile in Prozenten



Quelle: www.statistik.admin.ch (16.10.02)

rend die Polizei ob deren Gewaltbereitschaft allmählich kapituliert?

- Was nützt es uns, wenn die Kosten für Polizei und Sozialdienste ins Uferlose steigen?
- Was nützt uns multikulturelle Bereicherung, wenn unsere Kinder in der Schule ins Abseits geraten?
- Was nützt es uns, wenn der Bundesrat vor jeder asylpolitischen Abstimmung Feuerwehübungen veranstaltet und so tut, als ob er jetzt wirklich handeln will? Und was nützt es uns dann, wenn wir im Glauben an eine Besserung eine Verschärfung an der Urne ablehnen?
- Was nützt es uns, wenn Bundesrätin Metzler sagt, die Asylinitiative sei illusorisch, während ihre Politik versagt?
- Was nützen uns Belehrungen, es gebe ein Recht auf Asyl und dieses gehöre zur Tradition der Schweiz, wenn wir laufend ausgehöhlt werden?
- Was nützt uns ein Nein am 24. November 2002?

Mit Blick auf die Fakten und die Erkenntnis, dass der wirklich verfolgte Mensch zu uns kommen kann, unterstützt der verantwortungsbewusste Bürger die Asylinitiative mit einem klaren Ja. Denn das Ja ist das Druckmittel der letzten Stunde.

Armee XXI – Blick nach vorne

WERNER GARTENMANN,
PRÄSIDENT PRO LIBERTÄTE

Kurzer Blick zurück

1918/19 wurden starke Abbaumassnahmen für die Schweizer Armee ergriffen. Zudem war damals eine eigentliche Armeebegier im Volk nicht auszumachen und Historiker berichten, diese hätte gar nicht mehr existiert, denn die Aufgabe der Armee sei schlicht verkannt gewesen. Und die politische Linke agierte sowieso gegen die Armee. In diesem Umfeld diskutierte das Parlament eine Armeereform, welche die Militärorganisation von 1907 (MO 1907) ablösen sollte. Bundesrat Scheurer stellte am 1. Oktober 1922 am Parteitag der FDP Schweiz die Frage, ob Volk und Behörden noch fähig seien, «die Kräfte geistiger Art aufzubringen, die zur Bildung und Erhaltung einer verwendungsfähigen Armee notwendig sind».

Blick auf heute

Wer in die damaligen Debatten eintaucht, stellt doch mit Erstaunen fest, dass Armeereformen bereits früher unter ähnlichen Bedingungen abgelaufen sind wie heute – oder eben umgekehrt. Die Frage von Bundesrat Scheurer bleibt auch für uns zentral. Die geistigen Kräfte, sind sie noch da? Oder wo sind sie geblieben? Sicher nicht bei den Planern der Armee 95. Finden wir sie bei den Planern der Armee XXI? Bei uns, dem Volk? Das Parlament hat der Armee XXI am 4. Oktober 2002 zugestimmt. Für die Vereinigung PRO LIBERTÄTE stellte sich nun die Frage, ob ein Referendum gegen die Reform mitgetragen werden soll. Nach eingehender Auseinandersetzung kommen wir zum Schluss, dass die vorliegende Gesetzesvorlage zur Realisierung der Armee XXI mit Blick auf die desolaten Zustände in der Armee 95 akzeptiert werden muss. Deshalb unterstützt PRO LIBERTÄTE ein Referendum nicht aktiv. Es sei hier erwähnt, dass gerade eingeteilte Armeemitglieder für diesen Weg eintreten, weil

sie die schlechte Situation im Moment am eigenen Leib erfahren und unter dieser auch leiden.

Mit Blick auf unsere ausführliche Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage (Schriftenreihe PRO LIBERTÄTE Nr. 15) weisen wir aber darauf hin, dass die von Bundesrat Ogi eingeleitete Projektvorbereitung undemokratisch, milizabweisend und intransparent war. Deshalb würdigt PRO LIBERTÄTE den Einsatz von Bundesrat Schmid, die Anliegen der Miliz ernst zu nehmen, und hofft deshalb, er verbleibe weiterhin im Verteidigungsdepartement.

Blick nach vorne

Es wird nun darum gehen, die neue Armee zu unterstützen:

- Notwendige Rüstungsbeschaffungen sind gegen den Widerstand der Linken und verantwortungsloser bürgerlicher Kräfte durchzusetzen.
- Die Wirtschaft ist aufgefordert, der Armee XXI genügend Milizkader zur Verfügung zu stellen.
- Falls sich die Miliztauglichkeit der Armee XXI im militärischen Alltag nicht bewährt, sind umgehend Korrekturen einzuleiten.
- PRO LIBERTÄTE hofft zudem, dass das Versprechen, den Nato-Beitritt nicht vorzubereiten, gehalten wird.
- PRO LIBERTÄTE wird mit all ihrer Kraft die Linke bekämpfen, welche die Armee so oder so abschaffen will.

Mit Sorge begegnen wir auch dem Treiben gegen die persönliche Armeewaffe. Ausgerechnet die freisinnige Neuenburger Ständerätin Michèle Berger verlangt, dass die Kriegsmunition nicht mehr zu Hause bereitgehalten werden soll. Und der Bundesrat nahm das Begehren auch noch als Prüfungsauftrag entgegen! PRO LIBERTÄTE wird sich notfalls mit dem Aufruf zum zivilen Ungehorsam gegen eine Verordnung wehren, die sich gegen die persönliche Armeewaffe inklusive Kriegsmunition richtet. Denn eine Entwaffnung der Schweizer wird es für uns niemals geben.



4
5

Dritte Veranstaltung des Zyklus CH 365: Besuch bei der Luftwaffe

AMI BOSSARD

E-Mail: bossard@prolibertate.ch

110 PRO-LIBERTATE-Mitglieder besuchten am 27. September 2002 die Schweizer Luftwaffe. In der Fliegerkaserne Payerne begrüßte uns das Schulkommando der Flieger-Rekrutenschule 241 im Namen von Oberst im Generalstab Thalmann. Anschliessend erläuterte uns der Projektleiter der Luftwaffe XXI, Brigadier Cuche, die Notwendigkeit einer schlagkräftigen Luftwaffe. Die vielseitigen Aufgaben benötigen nicht nur die besten Leute, sondern auch modernes Material. In diesem Zusammenhang dankte Brigadier Cuche PRO LIBERTATE für ihren Kampf zur Beschaffung des Kampfflugzeuges F/A-18. Die anschließende Flugvorführung war vom Feinsten. Profi- und Milizpiloten präsentierten mit ihren Jets, Propellermaschinen und Helikoptern ein sensationelles Programm. Gekrönt wurde der Tag mit den atemberaubenden Vorführungen

der Patrouille Suisse. Wir danken der Luftwaffe und dem Schulkommando der Flieger-Rekrutenschule 241 bestens für diesen eindrucksvollen Tag. Oberst i GSt Thalmann verabschiedete die be-

geisterte PRO-LIBERTATE-Delegation. Diese versprach den Luftwaffenangehörigen, auch bei der nächsten Flugzeugbeschaffung an vorderster Front für den Erhalt der Schweizer Luftwaffe zu kämpfen.



**Flagge
zeigen** !



Mit dem Kauf von
**PRO-LIBERTATE-
Plakataktionen** helfen
Sie mit, dass unsere
Arbeit und unsere Ziele
bekannter werden.

**Spinner
schwätzen über...**

Freiheit...

Es liegt an Dir,
die Freiheit für Dich
und Deine Kinder
zu erhalten.

PRO LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
2000 Stettli 11

infos: www.prolibertate.ch

Null Bock auf...

Demokratie...

Es liegt an Dir,
die Demokratie
zum Nutzen aller
durchzusetzen.

PRO LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
2000 Stettli 11

infos: www.prolibertate.ch

**Nutzloses Blabla
über...**

**Menschen-
würde...**

Es liegt an Dir,
die Achtung
der Menschenwürde
zu unterstützen.

PRO LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
2000 Stettli 11

infos: www.prolibertate.ch

**Fordern Sie umgehend die Unterlagen an unter Tel. 031 332 57 84,
Fax 031 332 57 85 oder via E-Mail: plakat@prolibertate.ch. Vielen Dank!**

EU demaskiert – diktatorisches Gehabe in Brüssel

GROSSRAT THOMAS FUCHS,
SEKRETÄR PRO LIBERTÄTE

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Oft schon warnten wir vor den Tentakeln der EUrokraten. Nun ist eingetroffen, was absehbar war: Die EU beabsichtigt Sanktionen gegen die Schweiz zu ergreifen, wenn das schweizerische Bankkundengeheimnis weiter bestehen bleibt. Aber entgegen den Aussagen in Kriminalromanen, Spionagefilmen und in den Medien existieren in der Schweiz keine anonymen Konten. Selbst die Namen der Inhaber von Nummernkonten sind bekannt, allerdings nur einem kleineren Kreis von Leuten innerhalb einer Bank. In Bezug auf das Bankkundengeheimnis gibt es zwischen Nummern- und anderen Konten keine Unterschiede.

Fazit: Man kann in der Schweiz kein anonymes Konto eröffnen. Die Banken befolgen die «Know-your-customer»-Regeln, die von den Mitarbeitern verlangen, dass sie bei jeder Kontoeröffnung den Kunden identifizieren und gegebenenfalls den wirtschaftlich Berechtigten feststellen müssen. Die äusserst strengen, international anerkannten Regeln für die Identifikation ihrer Kunden haben übrigens die Banken selbst aufgestellt, um Gelder krimineller Herkunft abzuwehren.

Falls nun Sanktionen bezüglich des freien Kapitalverkehrs gegen die Schweiz ergriffen werden, ist dies eine klare Verletzung der Bilateralen Verträge. Der Bundesrat wird auf diese Provokation entschie-

den reagieren müssen, um nicht noch vollends das Gesicht zu verlieren. Eine Möglichkeit ist dabei, die Verhandlungen über die «Bilateralen II» unverzüglich einzustellen. Die Schweiz darf sich auf keinen Fall erpressen lassen, und schon gar nicht von EU-Kommissaren, welche die Schweiz u.a. als den «Irak der Alpen» bezeichnet haben. Sollte die EU tatsächlich die Unverfrorenheit haben, gegen unser Land Sanktionen zu verhängen, so sind die Bilateralen Verträge umgehend auszusetzen.

Das schweizerische Bankkundengeheimnis ist nicht verhandelbar und wird es auch nie sein. Eine der wichtigsten Stützen der Schweizerischen Wirtschaft darf nicht geopfert werden. Die Schweiz

Der Kommentar

EU oder Demokratie und Unabhängigkeit

AMI BOSSARD

E-Mail: bossard@prolibertate.ch

Die neuesten Nachrichten aus der EU zeigen wieder klar, dass Demokratie und Unabhängigkeit in diesem Grossgebilde nicht mehr verwirklicht werden können und dass Verfassungsgrundsätze den Machtstrukturen weichen müssen. Der Vertrag von Nizza, der am 26. Februar 2001 unterzeichnet wurde und Themen wie die Osterweiterung und die Mitbestimmung beinhaltet, muss bis 31. Dezember 2002 von allen Mitgliedsländern ratifiziert sein, sonst tritt er nicht in Kraft. Alle Länder ausser Irland haben ihn ratifiziert. In Irland

als demokratischer Kleinstaat lässt sich nicht – von einer nicht vom Volk gewählten Abordnung aus Brüssel – erpressen. Lassen wir sie auf Schweizer Granit beissen!

Was versteht man unter Bankkundengeheimnis?

Das Bankkundengeheimnis umfasst die Pflicht der Bank, über alle Tatsachen, die ihre Kunden betreffen, Verschwiegenheit zu wahren. Es ist gleichzeitig auch ein Recht des Kunden, denn dieser, nicht die Bank, ist Eigentümer der geschützten Daten und Informationen. Das Bankkundengeheimnis schützt somit die Privatsphäre der Bankkunden. Es ist mit anderen Berufsgeheimnissen wie dem Arzt- oder dem Anwaltsgeheimnis vergleichbar. Das Recht auf Privatsphäre ist ein Grundpfeiler der schweizerischen Rechtsordnung; es ist auch in der Bundesverfassung verankert (Art. 13 BV).

brauchte es eine Volksabstimmung und die fiel im Jahre 2001 negativ aus. Empört reagierte die EU darauf und die Iren wurden während eines Jahres durch die Regierung bearbeitet. Am 20. Oktober 2002 mussten die Iren über einen unveränderten Nizza-Vertrag nochmals abstimmen, der nun von einer Mehrheit angenommen wurde. ... Die Möglichkeit eines erneuten «Neins» wurde von der EU gar nicht in Erwägung gezogen, denn schon vor der Abstimmung propagierte man ungehindert die Osterweiterung fürs Jahr 2004. Der Unterschied zwischen Saddams Machtstruktur und jener der EU besteht darin, dass Saddam ein

100%iges Ja fordert und die EU «Nein»-Stimmen akzeptiert, wenn sie in der Minderheit sind. Ob im Irak oder in der EU, Volksabstimmungen werden zur Farce. Österreich hat ebenfalls schon unliebsame Erfahrungen mit der EU-Diktatur erlebt. Im Jahre 2000 verhängte die EU Sanktionen gegen Österreich, weil das Volk die Freiheitliche Partei Österreichs FPÖ in die Regierung wählte. Die sozialistische EU verträgt keine Gedanken und Entschiede, die sich ihrer Doktrin widersetzen.

Jetzt möchte die EU weltweit die Kontrolle über das Vermögen ihrer Bür-

ger, damit ja kein Cent Steuern verloren geht, denn bekanntlich frisst der EU-Apparat viel Geld. Wir Schweizer sollten nun dafür unser Bankkundengeheimnis preisgeben. Können wir etwas dafür, wenn EU-Bürger ihr sauer verdientes Geld in der Schweiz anlegen, um es vor den Geld verschlingenden Regierungen zu schützen? Bürger, die Vertrauen in die eigene Regierung und den eigenen Finanzplatz haben, begehen nicht Steuereflucht. Vielleicht wäre es in gewissen EU-Ländern angebracht, die Steuern nicht ständig zu erhöhen. Selbst unter den EU-Ländern herrscht nicht Einig-

keit, was die Vermögensdeklaration betrifft. Jedenfalls müssen wir in dieser Frage hart bleiben und unseren Bundesrat Villiger auf diesem Kurs unterstützen. Die EU/EWR-Länder Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und England werden uns dankbar sein. Was nach den Reaktionen der letzten Wochen ebenfalls wieder klar geworden sein sollte: dass wir, wenn wir unsere Unabhängigkeit und unsere demokratischen Rechte beibehalten wollen, diesem Gebilde nie beitreten dürfen!

BERLIN und die Irak-Frage

DR. IUR.
FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Bekanntlich attackierte der britische Premierminister unlängst vor dem Unterhaus Londons mit einem 50-Seiten-Dossier den Irak und seinen massiven Ausbau von A-, B- und C-Waffen. Dass dieses Papier nur zwei Tage nach den deutschen Bundestagswahlen veröffentlicht wurde, obwohl es sich seit Wochen bereits in der Downing Street Nr. 10 befand, dürfte kaum Zufall gewesen sein: Wäre es nämlich früher an die Öffentlichkeit gekommen, hätte es mit all seinen bestürzenden Fakten insofern das Gegenteil der im Wahlkampf geäußerten Ansichten des deutschen Bundeskanzlers Schröder dargestellt und wäre ein Affront gegen dessen Thesen gewesen. So aber konnten linke Kommentatoren ihn als bis dato nichtwissend über die von Bagdad ausgehenden Gefahren hinstellen. Hatte Blair bei seinem Dossier nicht ohne Stolz auf seinen britischen Spionagedienst MI 6 verwiesen, so übersahen die Meinungsmacher in Berlin



■ Sowohl der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder ... ■

im gleichen Zusammenhang, dass das angebliche Nichtwissen Schröders zugleich den Vorwurf eines Versagens des Bundesnachrichtendienstes (BND) enthielt – hätte dieser doch den Bundeskanzler informieren müssen.

Inzwischen muss man in diesem Zusammenhang zu der bitteren Überzeugung kommen: Dessen Ansehen wurde von der eigenen Regierung bewusst geopfert, nur um im Wahlkampf einige Stimmen



■ als auch der irakische Diktator Saddam Hussein sind talentierte Machtpolitiker ■

mehr für Schröder zu gewinnen! Die Wahrheit ist, er wurde jederzeit – genauso wie Blair seinerseits von MI 6 – durch die deutsche Spionage über die militärischen Vorbereitungen Bagdads informiert: Bereits vor rund zwei Jahren war der Bundesnachrichtendienst in der Lage, diese in allen Einzelheiten darzulegen. Genauso hatten deutsche Zeitungen, denen engere Verbindungen nach Pullach in die Heilmannstrasse 20 (den BND-Hauptsitz) nachgesagt

Spalte des Präsidenten



Nach der Wirtschaft die Politik ?

WERNER GARTENMANN

E-Mail: gartenmann@prolibertate.ch

werden, wiederholt über Interna des engsten Kreises um Saddam Hussein berichten können – was auf hochrangige «Quellen» in Bagdad schliessen lässt. Eine Bestätigung dessen hörte man in denselben Stunden, als der britische Premier das Dossier vorlegte, aus dem Mund des früheren deutschen Verteidigungsministers Rühle, der sich ähnlich gut informiert zeigte wie Tony Blair und als seine Quelle jenen Dienst in Pullach nannte. Die offizielle Anfrage eines deutsch-schweizerischen Journalisten nach dessen Wissensstand über den Irak und insbesondere nach dem Zeitpunkt der Benachrichtigung des Bundeskanzleramtes blieb von der sonst medienfreundlichen BND-Pressestelle ohne konkrete Antwort – wobei ein Schweigen bekanntlich oft auch recht vielsagend sein kann...

Trotz seiner umfassenden Kenntnisse über den Irak hatte Schröder mit seiner Partei im Wahlkampf auf einen primitiven Anti-Amerikanismus und die Kriegsangst in der deutschen Bevölkerung gesetzt, andererseits aber die von Bagdad drohenden Gefahren faktisch völlig negiert. Hier die ganze Wahrheit objektiv darzulegen, wäre Pflicht eines wahren, echten Staatsmannes gewesen, und nicht – wie geschehen – eine derartig einseitige Haltung einzunehmen! Von der radikalen Linken in seiner Partei, den Pazifisten und Neutralisten erhielt er auf seinen Kundgebungen dann auch den meisten Beifall, und man geht angesichts dieser Tatsache bestimmt nicht fehl in der Annahme, dass jene Kreise am Wahltag zumindest zu einem Grossteil für ihn votierten.

Es wird für den alten = neuen Bundeskanzler absolut nicht leicht sein, sein Verhältnis zu den USA zu glätten – aber ebenfalls dasjenige zum eigenen deutschen Nachrichtendienst!

Swissair, Swiss Dairy Food, Winterthur Versicherungen, Basler Versicherungen, Credit Suisse, Rentenanstalt-Swiss Life usw.: Namen von Schweizer Firmen, die für typisch schweizerische Tugenden stehen oder standen. Wobei Swissair und Swiss Dairy Food für gar nichts mehr stehen ...

Die kühnsten Träume liessen nicht erahnen, dass Paradeperde der Schweizer Wirtschaft ins Schleudern geraten. Die aktuelle Verunsicherung und Schwäche lassen aber auch Chancen erkennen. Denn sie rütteln Verantwortliche auf. Entweder korrigieren die Firmen ihre Fehler oder nicht. Wenn nicht, dann ist das Wirtschaftsleben gnadenlos. Der Untätige und Uneinsichtige verschwindet von der Bildfläche. Wir haben allen Grund zur Annahme, dass die Schweizer Unternehmen gestärkt aus der depressiven Situation hervorgehen. Wahrscheinlich werden sie nicht mit umgehend hohen Börsengewinnen glänzen, sondern mit Solidität. Sowie mit der Erkenntnis, dem Grössenwahn abzuschwören, mit der Rückbesinnung auf Kernkompetenzen, näm-

lich auf das, was man kann. Und zu guter Letzt: Konzentration auf den Schweizer Markt. Dies hat schon die Migros vor Jahren erkannt, als sie glaubte, im benachbarten Ausland fruchtbare Äcker vorzufinden. Jetzt müssen Unternehmensführer ans Ruder, die langfristig und vernetzt denken. Die in der Lage sind, gesunde und konkurrenzfähige Unternehmen zu schaffen. Firmen, die auch Einflüssen von aussen Stand halten. Bescheidenheit ist also angesagt. Auch bei Firmennamen. Intelligenz sollte intellektuelle Wort-Fehlgeburten wie Swiss Dairy Food in Zukunft verhindern ...

Gehen wir einmal von der These aus, dass die Wirtschaft der Politik sowohl bei positiven als auch bei negativen Entwicklungen stets voraus sei, so ist zu befürchten, dass der politischen Schweiz auch noch so genannte «Groundings» bevorstehen. Denn der Drang, schweizerische Polit-Tugenden preiszugeben, ist ungebremst. Betrachten wir die «unbescheidene» Deiss'sche Aussenpolitik. Der Wahn, den Grossen auf der Weltbühne zu spielen, und die Pflege eines manischen Solidaritätskultes blenden das Aussendepartement. Man sonnt sich unter Uno- und EU-Flaggen. Aber die Interessen des Schweizer Volkes werden dabei nicht vertreten.

Wirtschaftspolitisch will Polit-Bern den Musterknaben in Sachen Liberalisierung spielen. Derweil lässt man die eigene Wirtschaft – und dazu gehört auch die Landwirtschaft – im Regen stehen. In der Ausländer- und Asylpolitik verkommen wir zur Lachnummer. Während andere europäische Staaten mit schärferen Gesetzen ihre Bürger vor Ausbeutung schützen, plappert unsere Regierung, unterstützt vom karitativen Kartell, sie hätte alles im Griff.

Was haben Sie am kommenden 24. November vor?

●●●● 5 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. 24. November 2002: Ja zur Asyl-Initiative! Denn was nützt uns ein Nein?
2. Bürgerinnen und Bürger an die Urnen: Einfluss nehmen!
3. EU: Kein Kniefall bei den Bilateralen III!
Wir unterstützen die klare Verhandlungsposition von Bundesrat Villiger!
4. Armee XXI:
Die Miliz muss sich jetzt engagieren. Die Wirtschaft hat die Miliz zu unterstützen.
5. Persönliche Armeewaffe: Entwaffnung kommt nicht in Frage.

und ●●●● 2 dringende Hinweise

1. Agendaeintrag:
8. März 2003, Samstag, ordentliche Hauptversammlung PRO LIBERTATE in Bern
2. Nicht vergessen: Aktion Widerstandsbatzen geht weiter. Vermerk *Widerstandsbatzen* auf dem Einzahlungsschein und Plakataktion.

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach • 3000 Bern 11

6.02

Impressum

Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber, A. Bossard

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident), 3800 Matten b. I.
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid, 3283 Niederried bei Kallnach
Ami Bossard, 3800 Matten b. I.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 23.10.2002

**Schon
vorbei gesurft?**

www.prolibertate.ch